



Daniela Kolbe
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Daniela Kolbe, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.336
Telefon: +49 30 227-75429
Fax: +49 30 227-76671
E-Mail: daniela.kolbe@bundestag.de

Daniela Kolbe, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Internationale Liga für Menschenrechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4

via E-Mail: vorstand@ilmr.de

Bürgerbüro:
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig
Telefon: +49 341-2682010
Fax: +49 341-2682013
E-Mail: daniela.kolbe@wk.bundestag.de

Berlin, 30.07.2013
Bezug: DK
Anlagen:

Wahlprüfsteine zu „Racial/Ethnic Profiling“ und Polizei – Ihre E-Mail vom 08.07.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 08.07.2013.

Die Praxis des Racial Profiling war Gegenstand der Beratungen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages dem ich annehöre. Die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich eingehend mit der Frage polizeilichen Handelns in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Dabei ist für mich und meine Fraktion klar, dass Diskriminierungen durch staatliches Handeln abgebaut werden müssen. Hierfür haben wir eine Reihe von parlamentarischen Initiativen ergriffen (s. Anhang). Erlauben Sie mir, mit Verweis auf die umfängliche Antwort aus dem SPD-Parteivorstand, auf zwei Ihrer Fragen einzugehen.

Frage 3: Ja, ich und die SPD befürworten die Einrichtung einer unabhängigen Struktur, um Beschwerden über rassistisches Polizeihandeln untersuchen und ggf. ahnden zu können. Derzeit wird der Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ erarbeitet. Die SPD hat in die Beratungen die Einführung einer solchen unabhängigen Beschwerdestelle eingebracht. Da sich Widerstand aus den Unions-Fraktionen abzeichnet, wird diese Positionierung als Einzelvotum der SPD im Abschlussbericht erscheinen.

Frage 4: Die Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses hat bis heute sehr deutlich gemacht, dass es eine Gesamtstrategie zur Sensibilisierung hinsichtlich rassistischer und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit braucht. Denn einerseits werden rassistische und rechtsextreme Tatmotive bei der Ermittlung von Straftaten in den Polizeibehörden strukturell ausgeblendet. Zugleich gibt es Fälle polizeilichen Handelns, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den deutschen Polizeibehörden kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft. Sie wollen gute Arbeit leisten. Trotzdem sind sie nicht ausgenommen, wenn es um Vorurteile und Stereotype in der Gesamtgesellschaft geht. Vorurteile können die Bewertung und Einbeziehung von Motiven und Hintergründen einer Tat beeinflussen. Daher braucht es eine



offensive interkulturelle Öffnung, mit Weiterbildungen und die Erhöhung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationsbiographie.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Kolbe

Daniela Kolbe, MdB